Klengel und Prof. Hans Sitt vom Königl. Konservatorium, Prof. G. Schreck, Musikdirektor M. Vogel, Carl Schütze, Leiter der höheren Musikschule; aus Dresden: Direktor Johannes Kranz, Hofrat C. H. Döring und Hochschullehrer Hermann Better vom Kgl. Konservatorium, sowie L. Schneider, Direktor der Dresdner Musikschule, Amtsgerichtsrat Dr. Ginsberg, Tonkünstler Rich. Buchmayer, Kammervirtuos Herm. Scholz, Richard Roden, artistischer Leiter der pädagogischen Musikschule. Aus einem vom Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Roscher gegebenen Ueberblick über die im Königreiche Sachsen bestehenden Musikunterrichts-Anstalten ging hervor, daß nach den letzten im Dezember 1904 veranstalteten Erhebungen 38 Musikschulen vorhanden sind und zwar 21 in Leipzig (einschließlich des Konservatoriums), 12 in Dresden und je eine in Chemnitz, Zittau und Bautzen. An sämtlichen Musikschulen erteilen etwa 400 Lehrkräfte Unterricht an etwa 4700 Schüler. Nach dem Dresdner Adreßbuche von 1906 sind in Dresden allein insgesamt mehrere hundert Privat-Musiklehrer tätig, unter diesen 262 für Klavierunterricht, 131 für Gesang, 59 für Violine, 48 für Musiktheorie usw. Das Leipziger Adreßbuch für 1907 führt 62 Gesanglehrer und 235 sonstige Musiklehrer auf. Aus diesen Zahlen ist zu erkennen, daß das Musikunterrichtswesen von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher pädagogischer und künstlerischer Bedeutung ist. Hieraus ergibt sich die Veranlassung zu dem Vorgehen des Ministeriums des Innern aus einer Besprechung mit Fachmännern zu erkennen, ob die wiederholt auftretenden Klagen über Mängel im musikalischen Unterrichtswesen begründet seien. Zugleich mit den Einladungen waren an die Teilnehmer der Besprechung vier Fragen ergangen, die den Verhandlungen zugrunde gelegt wurden. Diese Fragen lauteten: 1) Welche Uebelstände bestehen auf dem Gebiete des Musikerziehungs- und Unterrichtswesens in Sachsen? 2) Empfiehlt sich eine Einteilung der verschiedenen Musikschulen in bestimmte Arten? 3) Ist die Einsetzung eines Beirats für das Musikschulwesen erwünscht, wie ist er zusammenzusetzen, welche Befugnisse soll er haben? 4) Lassen sich für die Musikschulen Grundsätze aufstellen, bezüglich der Lehrziele und Lehrpläne, der Prüfungen, der öffentlichen Bekanntmachungen (Prospekte), der Zahl der Lehrer und Schüler, sowie des Alters für die aufzunehmenden Schüler, der Schulgeldsätze, der Schüleraufführungen, der Errichtung von Zweiganstalten und der Erteilung von sogenannten Kunstscheinen? Eine eingehende Besprechung des in diesen Fragen enthaltenen Stoffes betraf insbesondere die Ausbildung der Musiklehrer, die Musiklehrerprüfung, die Höchstzahl der Schüler einer Klasse, öffentliche Bekanntmachungen, öffentliche Schülerprüfungen (Aufführungen), Errichtung von Zweiganstalten (Filialen), die Ausstellung von sogenannten Kunstscheinen.

Als Ergebnis der längeren Beratung wurden dem Ministerium des Innern folgende Sätze zur weiteren Erwägung anheimgegeben:

1) Es ist dringend erwünscht, daß eine oder mehrere unter Beteiligung des Staates bestehende Prüfungsstellen für die pädagogische und musikalische Lehr-Befähigung mit dem Rechte der Ausstellung eines Befähigungsnachweises eingerichtet werden.

2) Es ist erwünscht, daß eine die Unterrichtsaufgaben klar bezeichnende Einteilung der Musikunterrichtsanstalten vorgenommen werde und daß sie etwa als

a. Elementarschulen, Mittelschulen und Hochschulen für Musik oder

b. als Musikschulen für Berufsmusiker und Musikschulen für Kunstfreunde bezeichnet werden.

3) Es ist erwünscht, daß dem Ministerium des Innern ein aus unabhängigen Fachmännern zusammengesetzter Beirat für musikalisch-pädagogische Fragen zur Verfügung stehe.

Zur weiteren Erörterung der bei der Besprechung aufgestellten Grundsätze und zur Vorbereitung für die zunächst erforderlichen Maßnahmen wurde eine aus den nachgenannten Herren bestehende Kommission gewählt: Prof. Klengel und Prof. Dr. Riemann aus Leipzig, Direktor Joh. Kranz, Tonkünstler Rich. Buchmayer und Hochschullehrer Better aus Dresden.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. Januar.

* **In der Kolonialabteilung** des Auswärtigen Amtes haben, wie verlautet, folgende Versetzungen stattgefunden: Hofrat Hentschel in das Auswärtige Amt; Geheimer Registrator Liebahn in das Reichsamt des Innern; Geheimer Registrator Otto Schmidt ebenfalls in das Reichsamt des Innern; ebenso Kuen, Geheimer Registrator des Innern; Geheimer Sekretariatsassistent Schumann zum Oberkommando der Schutztruppen. Die geheime Kalkulatur B ist aufgehoben. Kalkulatorische Arbeiten werden nur noch bei den Referaten erledigt. Nur das Oberkommando behält noch eine Kalkulatur.

th. **Zum Beginn der Landtagstagung in Preußen.** Der preußische Landtag wird am 8. Januar d. J. 12 Uhr mittags durch Se. Majestät den Kaiser und König im Weißen Saale des Berliner Schlosses eröffnet werden. An den Eröffnungsakt schließen sich die ersten Plenarsitzungen beider Häuser des Landtages; das Herrenhaus beginnt diese Sitzung um 3 Uhr, das Abgeordnetenhaus um 2 Uhr. Das Herrenhaus nimmt in dieser Sitzung die Wahl des Präsidiums, der Schriftführer 2c. vor und nimmt geschäftliche Mitteilungen entgegen. Die Wiederwahl des alten Präsidiums (Fürst zu Inn- und Knyphausen, Frhr. von Manteuffel und Oberbürgermeister Becker-Köln) dürfte sicher sein. Das Herrenhaus vertagt sich nach dieser Sitzung auf unbestimmte Zeit, falls ihm bis dahin keine Vorlagen zugegangen sind. — Das Abgeordnetenhaus wird in der ersten Plenarsitzung die Beschlußfähigkeit feststellen, in der zweiten Plenarsitzung am 9. Januar, mittags 12 Uhr, wird das Präsidium gewählt, auch hier dürfte die Wiederwahl des alten (v. Kröcher, Dr. Porsch, Dr. Krause Königsberg) stattfinden. Hierauf bringt Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben den Etat mit der üblichen Etatsrede ein. Die Sitzung wird hierauf geschlossen. An den folgenden Tagen finden keine Plenarsitzungen statt, damit den Fraktionen Zeit gelassen wird, zum Etat Stellung zu nehmen. Die erste Beratung des Etats im Plenum dürfte am Sonnabend (12.) oder Montag (14. Januar) erfolgen. Man rechnet 6 Tage für diese Beratung, nach Schluß der ersten Etatslesung dürften wiederum wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen bis zum 28. Januar einige Tage frei bleiben, doch ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Zeit, vielleicht nur mit Ausnahme des Wahltages und einem Tage vorher sowie 3 Tage nachher, die Budgetkommission die Etatsberatung beginnt, sodaß das Plenum am 28. Januar schon einige Etats für 2. Lesung aus der Kommission erhält. Mit der Zeit muß sehr sparsam umgegangen werden, da um den 5. Februar wiederum wegen der Stichwahlen einige Tage ausfallen. Für den Etat wird ein Kontingentierungsplan aufgestellt werden, der die Fertigstellung und Ueberweisung des Etats an das Herrenhaus spätestens am 9. März ermöglicht. Das Abgeordnetenhaus hat für 2. und 3. Etatslesung also nur 5 Wochen Zeit.

* **Württembergische Landtagswahlen.** Ein Stuttgarter Privattelegramm meldet uns: Die Volkspartei und die Sozialdemokratie haben ihre Wahlvorschläge für die Proporzwahlen in beiden Wahlkreisen für verbunden erklärt, so daß sie bei der Anteilung der Mandate an die einzelnen Parteien als eigene Vorschläge betrachtet werden müssen. Die Listenverbindung richtet sich in der Hauptsache gegen das Zentrum. Auch die deutsche Partei und der Bauernbund haben ihre Wahlvorschläge für verbunden erklärt.

* **Die Polizeiaufsicht.** Die durch die Affäre des Köpenicker Hauptmanns wieder aktuell gewordene Frage der Polizeiaufsicht mit ihren zweifellosen Mängeln behandelt Professor Dr. Wittermaier-Gießen im neuesten Heft der „Deutschen Jur.-Ztg." vom Standpunkt der wissenschaftlichen Theorie. Der Gelehrte faßt die Resultate seiner Untersuchung in die folgenden Postulate zusammen:

Die Praxis kann sofort eine bessere werden; es soll selten die Polizeiaufsicht ausgeübt, dann aber energisch und doch schonend und diskret, angepaßt an den einzelnen Fall, gehandhabt werden. Nur Oberbeamte und einzelne vertrauenswürdige Unterbeamte sind zu verwenden. Ausweisungen sollen nur bei begründetem Verdacht schlechter Führung, Haussuchungen nur bei konkreter Notwendigkeit stattfinden; die Ausweisung darf nur durchgeführt werden, wenn die Möglichkeit anderweiten Unterkommens feststeht. Die Polizeiaufsicht soll sobald als möglich wieder aufgehoben werden. Häufige Verwendung der leider vielfach so verlesterten vorläufigen Entlassung schützt in geeigneten Fällen vor der Durchführung der Polizeiaufsicht. — Die Fürsorgevereine sollen so oft als nur möglich herangezogen werden und selbst größeres Entgegenkommen auch bei Personen beweisen, die sich ablehnend verhalten; bei jeder Ausweisung müssen sie helfen. Die Polizei kann und sollte einen Druck ausüben, daß der Entlassene sich unter Fürsorge stellt. — Derartige Maßregeln dürften sehr wohl im Bundesrat festgestellt werden.

Eine sofortige Aenderung des Gesetzes würde höchstens die Meldepflicht an Stelle der Ausweisung wieder einführen, der Ausweisung wie Haussuchung strengere Schranken setzen, wie sie eben oben vorgeschlagen worden, und die gesamte Ausweisungsfrage reichsrechtlich einheitlich regeln.

Die endgültige Gesetzesreform darf sich freilich damit nicht begnügen: sie muß dafür sorgen, daß möglichst jeder Entlassene wieder in das freie Leben eingeordnet werde, und wo das nicht mehr angeht, muß sie für ihn Anstalten vorsehen. Sie muß die den Fürsorgeorganen bis jetzt nur in so geringem Maße geglückte, vom Staat noch kaum versuchte Hilfe für die Entlassenen anordnen und organisieren und darf nie einen Zwang vorsehen, wenn sie nicht vorher die Hilfe angeboten hat.

* **Polnischer Schulkampf.** Der polnische Arbeiter Jorzeck aus Pläne wurde wegen grober Beleidigung des Hauptlehrers Jernatzyk aus Anlaß des Schulstreiks zu 3 Monaten Gefängnis, ein polnischer Bauer aus Reichthal wegen Beleidigung des dortigen Hauptlehrers zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. — In der katholischen Präparandenanstalt wurde auf Anordnung des Provinzial-Schulkollegiums die Unterstützung am Quartal nicht gezahlt. Es soll erst durch amtliche Ermittelungen festgestellt werden, ob auch die Geschwister oder anderen Angehörigen der Zöglinge am Schulstreike beteiligt sind.

* **Zentrumsfranzosen.** Nachdem der reichsländische Klerikalismus den Anschluß an das Zentrum vollzogen hat und als „elsaß-lothringische Zentrumspartei" in den Wahlkampf gezogen ist, verdient es doppelte Beachtung, daß dieses elsaß-lothringische Zentrum anläßlich des Wahlkampfes mit Frankreich liebäugelt. Es geschieht das in einem „Straßburger Brief", einer „Causerie ids d'r Taverne" des „Elsässischen Volksboten", der den „Lozelat", den „ysere Mann" und den „ald Bundoniè" sich unterhalten läßt. Dabei sagt der „ald Bundoniè" vom südwestafrikanischen Kriege:

„I weiß gar nit, wie mich der Krieg gemahnt. I hab Kamerade g'het, wo ann 1840 in Afrique sein g'sind. Do het sich ein einzige Kumpanie von 123 Mann unterm Capitaine Lelièvre vum 2. bis zum 6. Hornung, also vier Daa lang, g'schlaane in Mazagran geje zwölf tönsig Araweer unn jetz han mer noch an 12000 Mann gebrücht geje e Paar hundert Hottentote."

Daß man es gerade in den Reichslanden unternimmt, die militärische „Ueberlegenheit" Frankreichs über Deutschland herauszustreichen, entbehrt nicht der Komik. Es fehlt nur noch das Verlangen: die südwestafrikanische Schutztruppe müßte entsprechend den Heldentaten der Kompagnie Lelièvre, auf einen verschwindend kleinen Posten eingeschränkt werden. So weit geht einstweilen selbst der „Elsässische Volksbote" nicht. Dafür entschädigt er sich, indem er die elsaß-lothringischen Angehörigen der südwestafrikanischen Schutztruppe verdächtigt und mittelbar für die französische Fremdenlegion Stimmung macht. Der „ald Bundoniè" nämlich findet sich mit der Tatsache, daß viele junge Elsässer nach Südwestafrika gegangen sind, in folgender Weise ab:

„D'erscht müeßt m'r an wisse, wo der Babbe vun denne junge Elsässer here isch: denn's gibt Alsaciens et alsaciens, comme il y a jagot et jagot. Unn derno müeßt m'r au wesse, wurrum ass sie sich engagiert hann: mannichmol isch's: dorum. Unn dritter Punkt, könnt mer saan 's sinn fast etwe so viel, wo sich in d' Légion étrangère lonn engagiere."

Hoffentlich erfahren sämtliche reichsländischen Angehörigen unserer Schutztruppe die Niederträchtigkeit, daß sie von ihren klerikalen Landsleuten mit den Fremdenlegionären auf eine Stufe gestellt werden. Hoffentlich übt dieses Liebäugeln des elsaß-lothringischen Zentrums mit Frankreich die rechte Wirkung auf die katholischen Wähler in den Reichslanden. Daß aber dergleichen zu einer Zeit möglich ist, wo der französische Kulturkampf an Heftigkeit nichts eingebüßt hat und die frische Verbindung mit dem Zentrum den reichsländischen Klerikalen wenigstens einige Zurückhaltung auferlegen sollte, ist kennzeichnend für den Einfluß, den das Zentrum als „nationale" deutsche Partei auf seine Anhänger hat!

* **Der Streik der Berliner Automobildroschkenkutscher** ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, gestern in großem Umfang ausgebrochen. Mehrere Hundert Personen streiken. Heute abend wollen die Droschkenbesitzer eine Versammlung abhalten, um gemeinsam über die Schritte zu beraten, die zu tun sind. Die Chauffeure hoffen den Streik zu gewinnen, da schwer Ersatz für sie zu beschaffen ist. Der Streik macht sich sehr im Verkehr bemerkbar, zumal bei dem gestern eingetretenen starken Tauwetter, das die Nachfrage nach Droschken steigert.

* **Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine** werden zu Pfingsten einen neuen Verbandstag abhalten, um ein neues Programm zu beraten. Der Zentralrat hat einen neuen Entwurf abgefaßt, in dem es heißt: Die deutschen Gewerkvereine erstreben: I. Fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit durch Vereinbarung zwischen beiden Produktionsfaktoren, Abschließung von Tarifverträgen, erforderlichenfalls aber auch durch das gesetzlich zulässige Mittel der Arbeitseinstellung. II. Wirksamer Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für die im Handelsgewerbe Angestellten. III. Angemessene Vertretung der im Arbeitsverhältnis stehenden Personen gegenüber den Unternehmern und dem Staate. IV. Einführung neuer und Weiterausbau von Unterstützungseinrichtungen für die Mitglieder, möglichst durch genossenschaftliche Selbsthilfe, gefördert durch öffentlichen Schutz und Anerkennung. V. Erstrebung eines größeren Einflusses auf alle öffentlichen Angelegenheiten des Staates und der Gemeinden. Sehr auffällt, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verlangen, daß die Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft bei gleichen Leistungen der der männlichen Arbeit gleichkommen muß. Des Weiteren fordern sie, daß die Heimarbeit unter die Aufsicht der Gewerbeinspektoren gestellt werde. Bezüglich der öffentlichen Angelegenheiten verlangen sie in ihrem neuen Programm-Entwurfe „Gründliche Reform des Wahlrechts in den Einzelstaaten und Gemeinden, insbesondere Aufhebung der Klassenwahl und der öffentlichen Abstimmung, sowie Befestigung des Vorrechts der Hausbesitzer, die Hälfte der Sitze in den Gemeinde-Vertretungen einzunehmen."

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Oesterreich und der Vatikan.** In den Mitteilungen über die Möglichkeit einer Intervention Oesterreich-Ungarns in dem Kirchenstreite zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung äußerte sich ein hervorragender Diplomat, daß einem solchen Schritte der österreichisch-ungarischen Regierung eine ganz besondere Bedeutung zukommen würde. Wenn es nämlich dem Freiherrn v. Aehrenthal gelingen könnte, der päpstlichen Kurie in dieser für sie so wichtigen Angelegenheit in wirksamer Weise einen Dienst zu erweisen, so würde er hierdurch sich den Vatikan außerordentlich verpflichten. Mit Rücksicht auf die Bestrebungen des Ministers des Aeußern, nicht nur zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, sondern auch zwischen den beiden Höfen die aufrichtigsten und freundschaftlichsten Beziehungen herzustellen, wäre eine solche Verpflichtung von besonderer Wichtigkeit, da es bei dem entsprechenden Entgegenkommen des Vatikans möglich wäre, den Fehler des unterbliebenen Gegenbesuches des Kaisers am italienischen Hofe wieder gutzumachen und in irgendeiner Form eine Begegnung der beiden Souveräne zu veranstalten. In ganz Italien würde ein solches Arrangement mit lebhaftester Sympathie begrüßt werden, und die gesamte öffentliche Stimmung würde einen vorteilhaften Umschwung erfahren.

* **Ungarn und Fiume.** Infolge des Streits der ungarischen Regierung mit der Stadtvertretung von Fiume, weil die bisher in italienischer Sprache gehaltene Metrikel in ungarischer Sprache geführt werden soll, erhielt der Gouverneur die Uebergabe des Matrikelamts an die Gouvernementsbeamten an. Die Stadtvertretung verweigerte die Uebergabe und entschloß sich hierzu erst nach erfolgter Anwendung der Brachialgewalt durch den Gouverneur.

Frankreich.

* **Ein Zwischenfall.** In der Finanzkommission des französischen Senats, die über das in der Kammer bereits verlesene Budget für 1907 beriet, gab es am Montag abend einen kleinen Zwischenfall: Finanzminister Caillaux erklärte energisch, daß die Regierung sich auf keinerlei Abänderungen ihrer Vorschläge einlassen könne, und daß er deshalb auf jede weitere Diskussion mit der Kommission verzichten müsse. Der Präsident Magnin und Mouvier protestierten auf das entschiedenste gegen eine derartige Sprache gegenüber einer Senatskommission. Der Streit wurde nur mit Mühe beigelegt. „Der Minister gebärdet sich wie ein kleiner Louis XIV.!" rief einer der Senatoren dem Minister zu, und ein anderer fügte hinzu: „Aber ohne Perücke!" — Ein Witz, den nur der versteht, der weiß, daß sich Caillaux einer der schönsten Glatzen von Paris erfreut.

* **Französische Harun-al-Raschids.** Der Grundsatz des französischen Ministerpräsidenten, überall persönlich nach dem Rechten zu sehen, wird von seinen Mitarbeitern gleichfalls gewissenhaft beobachtet. Besonders der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Chéron, ist unermüdlich mit unvermuteten Inspektionsfahrten. Der Kolonialminister Milliès-Lacroix überzeugte sich kürzlich persönlich von dem Mangel an Entgegenkommen im Pariser Kolonialamt, indem er als angeblicher Kaufmann eine Auskunft erbat und — nicht erhielt. Kriegsminister Piquart wird sich Anfang Januar auf Reisen begeben, um die Befestigungen von Bizerta zu besichtigen. Der „Gil Blas" fordert Herrn Simyan, Unterstaatssekretär für Post und Telegraph, auf, den Beispiel seiner Kollegen zu folgen und z. B. einmal festzustellen, wie er von den überbeguemen Telephondamen als Privatmann behandelt würde. — Könnte auch in Deutschland nichts schaden.

* **Der Tod Gambettas.** Der Bericht der „Nouvelle Revue" über den Tod Gambettas und den Unglücksfall vom 27. November 1882 findet nur wenig Glauben. Joseph Reinach, einer der intimen Freunde Gambettas, erklärte einem Vertreter des „Temps", diese neue Darstellung des Vorfalls sei ihm bis jetzt ganz unbekannt gewesen. Er halte es aber für sehr unwahrscheinlich, daß Frau Léon kurz vor ihrer Hochzeit mit Gambetta wegen eines unbedeutenden Wortwechsels Selbstmord verüben wollte. Gambetta habe seinen Freunden in den letzten Wochen vor seinem Tode wiederholt erzählt, der Revolver habe sich entladen, als er ihn aus dem Kasten nehmen wollte, um im Garten nach der Scheibe zu schießen. Der „Eclair" stellt fest, daß der Bericht des Anonymus der „Nouvelle Revue" mindestens grobe Unrichtigkeiten enthält, und fordert die Schwester Gambettas auf, ihrerseits eine Darstellung des Vorfalles zu veröffentlichen. Dazu ist zu bemerken, daß nur Gambetta selbst und Frau Léon zugegen waren, als die Revolverkugel am 27. November 1882 den französischen Staatsmann verwundete, daß mithin auch die Schwester Gambettas nur das berichten könne, was ihr Bruder und seine Freunde, sowie die herbeigeeilten Bedienten ihr erzählt haben. — Die Lesart des Jahres 1882 war, daß Gambetta an einer Wunde gestorben sei, welche Frau Léon ihm vorsätzlich zugefügt habe. Für uns Deutsche blieb damals die Unterlassung einer gerichtlichen Untersuchung rätselhaft.

England.

P. **England und Montenegro.** Der bisherige Rat der englischen Botschaft am Quirinal Dr. Graz ist von der englischen Regierung zum bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten am Hofe von Montenegro ernannt worden. Diese englische Ernennung eines Diplomaten für Montenegro ist ein Novum und will offenbar besagen, daß England angesichts der heutigen Konstellation auf dem Balkan und der österreichisch-italienischen Annäherung eine besondere Bemühung für nötig erachtet, um auf dem Balkan und an der Adria die Hand im Spiele zu behalten.

Italien.

* **Der Königsbesuch in Athen.** Die Erwiderung des Besuches, den der König der Hellenen in Rom gemacht hat, soll, wie wir schon mitgeteilt haben, in der ersten Hälfte des April erfolgen. Eine Division der italienischen Mittelmeergeschwaders soll den König begleiten und seinem Erscheinen den großen Hintergrund geben.

P. **Mazzini über Garibaldi.** Die „Rivista di Roma" veröffentlicht einen ungedruckten Brief Mazzinis vom 5. August 1867 aus London an seine intime Freundin Philippson. Bedeutsam ist der folgende Abschnitt des Briefes: „Rom muß entweder eine große prophetische Ruine oder der Tempel der italienischen Nation sein. Ein Jahr Sklaverei mehr oder weniger hat nichts zu besagen: das, worauf es ankommt, ist, daß das Banner der italienischen Republik vom Kapitol und die Fahne der Religion des Fortschritts vom Vatikan weht. Ist das ein Traum? Ich glaube bestimmt, daß es kein Traum ist. Ich würde versuchen, ihn zu verwirklichen, wenn ich Mittel und Zeit hätte. Aber ich habe weder diese, noch jene; ich bin arm und werde nicht mehr lange zu leben haben. Ein anderer wird ihn verwirklichen. Garibaldi vermöchte es, wenn er ein intellektuellerer Mann wäre als er ist. Er hat Liebe, nicht Religion für Rom. Man sage nicht, daß er zu rechtschaffen ist für einen Politiker. Er müßte ein Gläubiger sein, aber er ist es nicht: er sieht mehr die materielle Seite der Frage als die moralische; er kümmert sich mehr um den Körper als um die Seele Italiens. Er kann nicht anders sein; ich klage ihn nicht an, ich konstatiere nur eine Tatsache. Er ist tüchtig, edel, gut, konsequent und aus einem Guß; aber er ist unvollständig und nicht auf der Höhe seiner Aufgabe."

Dänemark.

* **Der Ausstand in Kopenhagen.** Die dänische Arbeitgebervereinigung hat auf den 9. Januar eine außerordentliche Generalversammlung einberufen zu dem Zwecke, der Hauptleitung die Durchführung der Aussperrung in dem Umfange, wie sie nötig ist, um den Kopenhagener Straßenbahnerstreik zum Abschluß zu bringen, vorzuschlagen.

Rußland.

* **Zusammenschluß der Deutschen ganz Rußlands.** Die deutsche Bevölkerung Rußlands hat zwar ihre nationale Eigenart nach Kräften gewahrt und an der Lösung der hohen kulturellen Arbeiten, die in Rußland seit unbenklichen Zeiten gerade den Deutschen zugefallen sind, in hervorragender Weise teilgenommen. Jetzt aber, wo die revolutionäre Bewegung in Rußland sich zu legen beginnt, und die zweite Reichsduma neue Hoffnungen einflößt, wird auch eine zielbewußte Agitation zum Zusammenschluß der Deutschen ganz Rußlands entwickelt. Man beabsichtigt, die deutsche Bevölkerung Rußlands in kultureller, geistiger und wirtschaftlicher Beziehung mehr denn bisher zu vereinen, zu erhalten und zu stärken. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, geht u. a. aus dem nachfolgenden Programm hervor: „Die Deutschen Rußlands machen sich zur Aufgabe, die Pflege der deutschen Literatur, Wissenschaft und Kunst, die Förderung der deutsch-nationalen Eigenart des kulturellen und geistigen Lebens zu erstreben und dadurch beizutragen zu einem immer engeren geistigen Zusammenschluß aller Deutschen in Rußland, die eine gemeinsame Aufgabe haben: Wahrung und Erhaltung der deutschen Kultur! „Der Erdgeruch der Heimatscholle" muß spürbar bleiben, soll anders die Eigenart der deutschen Kultur gewahrt erscheinen und zum Bewußtsein kommen. Vor allem gilt es, der deutschen Bevölkerung Rußlands zum Bewußtsein zu bringen, was es ist um der Väter Erbe, das zu erhalten ihre Aufgabe sein soll. Der Kultur der Heimat und ihrer Geschichte gilt es zu dienen.

* **Die Mörder des weißen Schreckens.** Das Kadettenorgan „Rjetsch" behauptet in einem Artikel, Beweise dafür zu haben, daß der Verband Russischer Leute seine Kampforganisation mit einem Attentat auf die Redakteure des „Rjetsch", Milijukow und Jessen, beauftragt habe. Ebenso sei auch der am hellen Tage und auf offener Straße auf Miljukow und einen Mitarbeiter der „Nowoje Wremja" ausgeführte Ueberfall von der Kampforganisation des Verbandes ausgegangen. Ferner will das Blatt wissen, daß die Ermordung Herzensteins von dem Leiter der Kampforganisation Jusefowitsch-Krasikowski organisiert gewesen sei, und auch die Namen der beiden Mörder bekannt seien, sowie, daß das gesamte Untersuchungsmaterial bereits dem Justizminister vorliege. — Da liegt es sicher. — Endlich ist es gelungen, den Mördern des ehemaligen Duma-Abgeordneten Professor Herzenstein auf die Spur zu kommen. Es sind zwei Arbeiter, Laritschin und Gamewitsch, beide Angehörige der Kampforganisation des Verbandes des russischen Volkes, also der berüchtigten „Schwarzen Hundert". Die Mörder sollen sich in Finnland aufhalten. Die Angelegenheit ist bereits dem Justizminister übergeben, der zusammen mit der finnländischen Behörde alle Maßnahmen zur Verhaftung der Mörder getroffen hat.

China.

* **Eisenbahnbau.** Die Beamten und Notabeln in Szetschwen lehnen auf das bestimmteste fremde Anleihen für den Bau von Eisenbahnen ab. Die Eintreibung der für diesen Zweck ausgeschriebenen Grundsteuer stößt auf Schwierigkeiten; die Folge hiervon ist anscheinend, daß der Bau der Eisenbahnstrecke Hankow-Szetschwen vorläufig unausführbar ist.

Die sächsische Rangliste für 1907.

Soeben ist die „Rangliste für die Königlich Sächsische Armee für das Jahr 1907" erschienen. In derselben handlichen Ausstattung, nur um 16 Seiten verstärkt, kommt das vielbegehrte Buch von heute ab an die Truppenteile zur Versendung. Nach dem Stande vom 21. Dezember 1906 ist die Aufstellung der zahlreichen Listen erfolgt, die die Rangliste enthält. Etwas an und für sich Neues bringt die Rangliste ja nicht, denn alle in ihr aufgenommenen Veränderungen gegen ihre vorjährige Vorgängerin sind schon im Laufe des verflossenen Jahres als Mitteilungen in dem „Sächsischen Militär-Verordnungsblatt" erschienen. Aber man findet in ihr die übersichtliche Zusammenfassung aller Veränderungen und kann sich vor allem durch einen Vergleich mit der Rangliste für 1906 ein Bild von der Beförderungsbewegung in der Armee machen.

Das verflossene Jahr hat keine Neuformierungen aufzuweisen und somit auch nichts, was das Beförderungstempo über den üblichen Durchschnitt beschleunigt hätte, wenigstens bei der Infanterie und Kavallerie nicht. Bei der Feldartillerie sind die Einflüsse der bedeutenden Vermehrungen, denen diese Waffe seit 20 Jahren ausgesetzt war, allerdings noch nachhaltig zu verspüren. Denn während bei der Infanterie die aggregierten Majore, also diejenigen, die noch kein Bataillonskommando haben, der Hauptmannsquote von 1894 entstammen und somit auf eine 13jährige Kompagniechefzeit zurückblicken, haben die jüngsten Abteilungskommandeure der Feldartillerie nur 7 Jahre eine Batterie geführt. Was dieser Unterschied von 6 Jahren im Dienste der verantwortungsvollsten und arbeitsreichsten Dienststellung besagen will, wird jeder ermessen können, der den rastlosen Betrieb im Ausbildungsgange einer Kompagnie seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit kennen gelernt hat. Demselben flotten Beförderungstempo ist es auch zuzuschreiben, daß eine Reihe von Oberstleutnants der Feldartillerie bereits das Kommando eines Regiments führen. Bei der Infanterie kommt dergleichen gar nicht vor. Nur dem Umstande, daß in Sachsen vom Major einschließlich aufwärts das Anciennitätsverhältnis einheitlich ohne Rücksicht auf die Waffenverschiedenheit gewahrt wird — was z. B. in der preußischen Armee nicht der Fall ist —, ist es zu verdanken, daß die regimentsführenden Oberstleutnants nicht auch schon zu Obersten ernannt worden sind. Bei der Kavallerie finden wir eine Rittmeisterzeit von durchschnittlich 8½—9 Jahren, also auch wesentlich kürzer als bei der Infanterie. Einigen Einfluß lassen also die i. J. erfolgten Neuformationen der Jäger zu Pferde und ihre nachfolgende Umgestaltung zum 3. Ulanen-Regiment Nr. 21 noch heute erkennen. Ziemlich gleichmäßig verläuft die Subalternoffizierszeit für alle Waffen. 8—9 Jahre Leutnant, 7 Jahre Oberleutnant, das ist der Durchschnitt.

Was den Zahlenstand anlangt, so nennt die Rangliste 1910 Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Militärbeamte des Aktivstandes, 1249 Reserveoffiziere und 1240 Inaktive, denen die Erlaubnis erteilt worden ist, die Uniform fortzutragen. Im einzelnen verteilen sich diese Zahlen beim Aktivstande auf 1 Generaloberst, 7 Generale (wovon 4 als Fürsten nur Titular-Dienststellungen haben), 6 Generalleutnants, 15 Generalmajore (einschließlich 1 Titularstellung), 33 Obersten, 33 Oberstleutnants, 122 Majore. Von hier ab gliedert sich die Dienstalterliste nach Waffen und nennt bei der Infanterie 271 Hauptleute, 301 Oberleutnants, 314 Leutnants, 59 Fähnriche, bei der Kavallerie 48 Rittmeister, 35 Oberleutnants, 65 Leutnants, 11 Fähnriche; bei der Feldartillerie 65, 53, 111 und 9 Namen der entsprechenden Dienstgrade, bei der Fußartillerie 15, 8, 13 und 4, bei den Pionieren 11, 9, 24 und 2, Verkehrstruppen 3, 3, 9 —, Train 7, 4, 14, —, Zeugoffiziere 10, 4, 11, Feuerwerksoffiziere 6, 3, 4. Das Sanitätsoffizierpersonal zerfällt in 4 Generalärzte, 3 Generaloberärzte, 35 Oberstabsärzte, 42 Stabsärzte, 35 Ober- und 11 Assistenzärzte. Von den Offizieren z. D. haben 76 und 3 Sanitätsoffiziere Wiederverwendung in etatsmäßigen Stellungen gefunden. Oberkriegsgerichtsräte sind 4, Kriegsgerichtsräte 12 vorhanden, sodann 2 Korpsstabsveterinäre, 2 Oberstabsveterinäre, 13 Stabs- und 21 Oberveterinäre. Den Schluß der Liste bilden 26 Obersahlmeister und 49 Sahlmeister. In diese auch bisher schon immer bestehenden Dienstalterslisten sind diesmal zum ersten Male eingereiht 2 Militärintendanten, 10 Militärintendanturräte und 4 Assessoren, ferner 4 Intendantur- und Bauräte und 14 Militärbauinspektoren.

Die Reserveoffiziere gehören mit 686 der Infanterie an, mit 210 der Kavallerie, 229 Feldartillerie, 26 Fußartillerie, 21 Pioniere, 17 Verkehrstruppen, 40 Train.

Die Dienstbehörden haben insofern eine Veränderung erfahren, als das bisherige Bezirkskommando Leipzig in einen Landwehrbezirk I Leipzig und II Leipzig geteilt worden ist, von denen I Leipzig die gesamte Infanterie, II Leipzig aber die Spezialwaffen und Sanitätsoffiziere in Kontrolle hat. Beiden Bezirkskommandeuren ist der Rang eines Regimentskommandeurs gegeben.

Prüft man die Verzeichnisse der Orden und Ehrenzeichen, die den einzelnen Namen der Dienstalterslisten angefügt sind, so findet man eine ziemlich große Anzahl neuer Kriegsdekorationen, zu deren Verleihung die Anteilnahme sächsischer Offiziere an den Kriegen in Ostasien und Afrika geführt hat. Das ehrwürdige Eiserne Kreuz I. Klasse ist nur noch unter den inaktiven Offizieren im „Anhange" zu finden, die II. Klasse tragen nur noch 7 aktive Generäle und 1 Obersahlmeister.

Unter den Offizieren à la suite weist die Regimentsliste des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 erstmalig den Prinzen Heinrich von Preußen auf, das 3. Infanterie-Regiment Nr. 102 den Prinzen Ludwig von Bayern, das 1. Jäger-Bataillon Nr. 12 den Kriegsminister Freiherrn von Hausen, dessen Stellung à la suite anläßlich seines jüngst verflossenen 60. Geburtstages erfolgte.

SLUB
Wir führen Wissen.